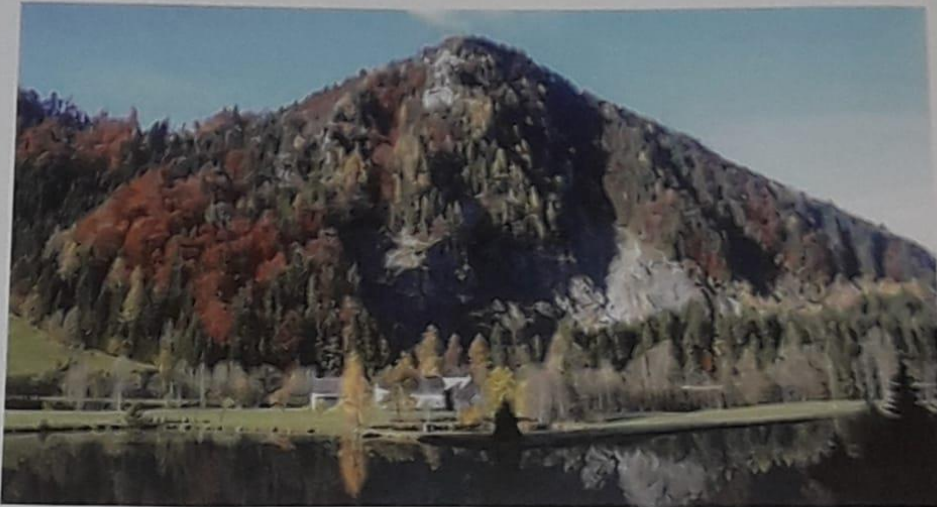


Was uns bewegt



Rosenau darf nicht zum Gewerbegebiet für Recycling von Bauschutt werden!

Es ist unser Anliegen, dass in Rosenau wieder Sachpolitik betrieben wird
und die besten Ideen ihr Gehör finden.

Dafür bedarf es eines neuen politischen Stils fernab von 'Freunderlwirtschaft'.

Bürgerinteressen müssen in den Vordergrund gestellt werden!

Die INNERROSENAU ist für die Region Pyhrn-Priel ein sehr wichtiges
Naherholungsgebiet, das auch für kommende Generationen erhalten bleiben muss.
Einzelinteressen und nachhaltig schädigende Entscheidungen sind in diesem
Zusammenhang eine inakzeptable Vorgehensweise.

Staub, Lärm, Luftverschmutzung und Schwerverkehr haben in diesem wunderschönen
Gebiet nichts verloren. Die verantwortlichen Personen und Behörden
sind dem Generationenvertrag verpflichtet!

Daher ist diese Region unseren Nachkommen als intakte Natur zu übergeben!

**In der Gemeindepolitik soll es darum gehen,
etwas für die nächsten Generationen aufzubauen.**



PRO ROSENAU

Die unabhängige Liste

Stellungnahme der ÖVP Rosenau – Berger Matthias vom 3.9.2021

Sehr geehrte Frau Pramreiter!

Meinen Standpunkt zu diesem Thema habe ich schon öfters – auch mit Vertretern Ihrer Initiative – dargelegt: Einerseits haben Unternehmer das Recht, neue Geschäftszweige anzudenken. Andererseits aber ist dabei eine ordentliche Gesprächsbasis mit den Anrainern zu wahren. Und Letztere haben natürlich auch immer die Möglichkeit, die für sie passenden rechtlichen Schritte wahrzunehmen.

Ich war in den letzten Wochen und Monaten viel in der Gemeinde unterwegs, da ein Bürgermeister meiner Ansicht nach vor allem die Anliegen der Bevölkerung vertreten muss. Dabei bin ich auch öfters zum Thema Recyclinganlage angesprochen worden. Allgemein möchte ich festhalten, dass es sowohl klare Gegner als auch Befürworter gibt, viele dem Thema aber eher neutral gegenüberstehen.

Grundsätzlich möchte ich anmerken, dass alles, was mehr Verkehr in unsere Gemeinde bringt, kritisch gesehen werden darf. Daher gilt es auch von Seiten der Gemeinde alles zu unternehmen, dass derartige Projekte nicht Größenordnungen annehmen, die für den Ort nur mehr schwer tragbar sind. Ich sehe allerdings, wie schon zuvor von mir erwähnt, auf Basis meiner unzähligen Gespräche und unserer Umfrage, die wir im Mai durchgeführt haben, aus der Bevölkerung keine derart breite Mehrheit, die es rechtfertigen würde, Schritte einzuleiten, die außerhalb der klassischen rechtlichen Möglichkeiten stehen.

Natürlich stehe ich auch nach der Wahl – wie schon bisher – für Gespräche bereit, um zu versuchen, eine akzeptable Lösung für alle Beteiligten zustande zu bringen. Wie auch bei diesem Thema muss in Zukunft allgemein deutlich mehr mit der Bevölkerung gesprochen werden. Die Anliegen der Anrainer sind – ganz egal zu welchem Thema - meiner Meinung nach Anliegen, die von Anfang an ernst genommen werden müssen. Andernfalls entsteht für allem Unmut und Streit. Und das ist das Letzte, was ich für unsere Gemeinde haben will.

Mit freundlichen Grüßen
Matthias Berger